

Selbsthilfe und Kommune

Alexander Brandenburg

Die Ruhrgebietsstadt Herne fördert seit 1979/80 von kommunaler Seite aus kontinuierlich die Selbsthilfe, erst innerhalb der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft, dann mit einer Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (1993) und heute mit einem Bürger-Selbsthilfe-Zentrum (2000). 1995 wurde ein Selbsthilfebeirat ins Leben gerufen, der sich über die Verteilung der von der Stadt zur Verfügung gestellten Fördermittel hinaus mit Fragen der Entwicklung und Förderung der Selbsthilfe befasst. Die Beiratsmitglieder werden im Rhythmus der Kommunalwahlen aus der Selbsthilfe, der Politik und Verwaltung gewählt. Heute gibt es in Herne über 100 Selbsthilfegruppen, die alle eng mit dem Bürger-Selbsthilfe-Zentrum zusammenarbeiten. Dieser gute Stand der Selbsthilfe lässt sich nicht ausschließlich von der systematischen kommunalen Förderung her erklären. In Herne gibt es auch eine Tradition enger Zusammenarbeit mit den Initiativen und Verbänden, die selbst an der Erschließung von Selbsthilfepotenzialen interessiert sind. Die Kommune hat jedoch frühzeitig die Aufgabe der Vernetzung und Weiterentwicklung übernommen und so gezeigt, wie Selbsthilfe-Förderung als kommunale Aufgabe erfolgreich organisiert werden kann. Es gibt mehrere Gründe, die dafür sprechen, dass sich Kommunen um die gesundheitliche Selbsthilfe kümmern und sie zu einem wichtigen Teil kommunaler Gesundheitspolitik machen sollten.

Aufgrund des demografischen Wandels und steigender Kosten im Gesundheitswesen werden die Leistungen aller sozialen Sicherungssysteme insgesamt neu justiert und zum Teil gekürzt; neue Prioritäten werden gesetzt. Negative Auswirkungen auf die

persönlichen Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger sind relativ schnell in den Kommunen, also dort, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten, zu sehen. Solche Auswirkungen können z.B. Formen der medizinischen Unterversorgung, Verschlechterung der sozialen Lage und Rückzug aus der Öffentlichkeit sein. Mit einer Förderung der persönlichen Ressourcen (Kompetenz, Erfahrung, Selbsthilfe, Netzwerke), die nicht vom Sozialversicherungssystem abhängt, bietet sich für die Kommunen eine Chance, eine kommunale, bürgerschaftlich getragene Basis in der Gesundheitsversorgung zu entwickeln, mit dem negativen Auswirkungen der sozialen Reformen begegnet werden kann.

Es liegt auch im Interesse kommunaler Politik, die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gesundheitspolitik teilnehmen zu lassen. Die Zusammenarbeit mit der Gesundheitsselbsthilfe bietet verschiedene Möglichkeiten, bei der gesundheitspolitischen Entscheidungsfindung die Kompetenz und das Wissen der Bürger einzubeziehen.

Ein weiteres Argument für eine kommunale Politik der Selbsthilfeförderung liegt in der naturgemäßen Begrenztheit medizinischer Hilfen. Das medizinische Versorgungssystem stößt dort an seine Grenzen, wo der Gesundheitsgewinn nur über die Verbesserung der Mitarbeit des Patienten, über sein aktives Gesundheitsverhalten und die gesundheitliche Ausrichtung seines Alltags erreicht werden kann. Dies trifft häufig bei chronischen Erkrankungen zu; auch ist die medizinische Behandlung dieser Erkrankungen selbst auf das Wissen, die Erfahrungen und die Kenntnisse der Behandelten angewiesen.

Zur Mobilisierung der Selbsthilfekräfte kann die kommunale Gesundheitspolitik einen erheblichen Beitrag leisten, indem sie zusätzliche Facetten gesundheitlicher Selbsthilfe fördert.

Was sind die Zukunftsaufgaben der kommunalen Selbsthilfe-Politik? Sicherlich sollten die Partizipationsmöglichkeiten der Selbsthilfe an den kommunalen Gremien der Gestaltung der gesundheitlichen Verhältnisse und des Versorgungsangebotes verbessert werden. Auch sollte die bisherige Schwerpunktsetzung auf Gruppenförderung um entsprechende Aktivitäten im Bereich des Alltagsverhaltens, der Netzwerkarbeit und der familiären Selbsthilfe erweitert werden. Darüber hinaus darf der Kontakt zu den „einfachen“ Mitgliedern der Selbsthilfe nicht verloren gehen. Denn auch in der Selbsthilfe hat sich ein professionelles Funktionärswesen entwickelt, das nicht in jedem Falle mit den Interessen der Mitglieder identisch ist.

Aus dieser Auflistung der Aufgaben kommunaler Selbsthilfepolitik geht auch hervor, dass die Mobilisierung der Selbsthilfekräfte nicht allein eine von der Stadt eingerichtete Kontakt- und Informationsstelle leisten kann. Es bedarf der intensiven Zusammenarbeit und Diskussion mit all denjenigen Verbänden, Initiativen und Organisationen, die sich in der Kommune um das Thema der Aktivierung von Bürgerengagement kümmern.

Die Erfolge der kommunalen Politik der Selbsthilfe in Herne, aber auch Verbesserungsmöglichkeiten werden durch eine repräsentative Herner Bürgerumfrage (Stadt Herne, 2004) aufgezeigt: Immerhin konnten sich 57% der Befragten vorstellen, in eine gesundheitliche Selbsthilfegruppe zu gehen; nur 6% der Befragten wissen nicht, was Selbsthilfegruppen leisten.

2 von 3 Frauen (63%) können sich vorstellen, in einer Selbsthilfegruppe mitzuarbeiten, sowie etwa jeder zweite Mann (48%). Die ausländische Bevölkerung (16%) in Herne hat insgesamt noch einen ausgeprägteren Informationsbedarf zur Selbsthilfe als die Deutschen (6%).

Literatur siehe Literatur zum Schwerpunktthema.

www.elsevier.de/phf-literatur und

doi: 10.10 16/j.phf.2007.03.009

Dr. Alexander Brandenburg
Stadt Herne
Fachbereich Gesundheit
Postfach10 1820
44621 Herne
Tel.: 02323/164570
alexander.brandenburg@herne.de